

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Stand des Volksbegehrens.

725196 Eintragungen in Berlin. — Die Einzeichnungen im Reiche.

Der gestrige Donnerstag hat für Berlin eine neue und beträchtliche Zunahme der Eintragungen zum Volksbegehren gebracht. Am Mittwoch hatten sich 73 895 Personen eingetragen, für Donnerstag aber wurden 92 075 Eintragungen gezählt. Durch besonders starke Zunahme fallen diesmal die Verwaltungsbezirke der nördlichen Vororte auf, aber auch in einigen der Verwaltungsbezirke des Südwestens sind wieder erhebliche Zunahmen zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der bisherigen Eintragungen stellt sich für Berlin jetzt bereits auf

725 196,

fast Dreieinhalbmillion. Wir geben unten die Eintragungen vom Mittwoch und vom Donnerstag (in Klammern die Summen aus den bisherigen acht Tagen).

Mitte	4410	6625	(46 738)
Margarten	4309	5496	(43 397)
Wedding	8022	10 122	(69 409)
Prenzlauer Berg	6807	8441	(72 343)
Friedrichshain	7668	10 343	(81 513)
Kreuzberg	8013	10 202	(81 723)
Charlottenburg	4064	5706	(37 560)
Spandau	2110	2594	(19 073)
Wilmerdorf	1413	2054	(13 373)
Zehlendorf	277	306	(2096)
Schöneberg	2798	3786	(28 437)
Steglitz	1621	2001	(12 314)
Tempelhof	1235	1333	(10 021)
Neukölln	7397	8263	(72 668)
Treptow	2284	2695	(23 006)
Röpenick	1057	1436	(13 127)
Lichtenberg	6600	4752	(36 198)
Weschenz	932	1481	(9623)
Pankow	1262	1883	(13 919)
Reinickendorf	1616	2356	(17 888)

Ganz Berlin 73 895 92 075 (725 196).

Das Volksbegehren im Reiche.

Die vorliegenden Ergebnisse aus dem Reiche zeigen, daß die Eintragungen in den Städten, aus denen Zahlen vorliegen, fast gleichmäßig bisher etwa 15 Proz. der Zahl der Wahlberechtigten und 50 Proz. der Zahl der Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei der letzten Reichstagswahl erreicht haben. In Berlin und im Bezirk Chemnitz sowie in einzelnen thüringischen Gebieten geht die Beteiligung weit über den allgemeinen Durchschnitt hinaus.

Die letzte Woche des Volksbegehrens muß noch eine erhebliche Verbesserung der Eintragungsziffern bringen!

Ostpreußen.

Östpreußen, 12. August. (Eigener Drahtbericht.) In Stadt Königsberg haben sich bis Donnerstagabend im ganzen 20 400 Personen eingetragen, das sind etwa 11 Proz. der Stimmberechtigten.

Soweit Meldungen aus der Provinz vorliegen, sind die erforderlichen 10 Proz. überall weit überschritten. In einzelnen Landorten erreichen die Eintragungen 80 Proz. der Stimmberechtigten, darunter viele Landwirte.

Westliches Industriegebiet.

Bochum, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In den bedeutendsten Städten des Industriegebietes sind bis jetzt folgende Einzeichnungen für den Volksentscheid erfolgt: Essen-Stadt 38 000 von 306 863 Wahlberechtigten, Dortmund 30 000 von 200 000, Hagen 8200 von 61 000, Wanne 1250 von 21 000, Wattenscheid 1000 von 17 500, Bochum 7500 von 101 000 und Cappel 1221 von 15 000 Wahlberechtigten.

Duisburg, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In Ruhrheim sind bis zum Donnerstagabend 6895 Stimmen, in Hamborn 9571 Stimmen und in Duisburg 13 589 Eintragungen erfolgt. Das sind ungefähr 45 Proz. der Wahlberechtigten. In den drei Städten haben sich bis jetzt hauptsächlich Handwerker und kleine Kaufleute eingetragen. Die Arbeiter haben sich noch ziemlich zurückgehalten.

Sachsen.

Chemnitz, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In Chemnitz sind bis gesternabend insgesamt 63 000 Eintragungen erfolgt. Im allgemeinen sind in der ganzen Chemnitzer Umgebung bis jetzt 30 bis 50 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten abgegeben worden.

Leipzig, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Gestern, Donnerstag, erfolgten in Leipzig 17 056 Eintragungen, die bisher größte Zahl. Insgesamt beteiligten sich seit dem 4. März 90 576 Personen an dem Volksbegehren. Das sind 46,7 Proz. der am 29. März 1924 bei den Präsidentschaftswahlen für Sozialdemokraten und Kommunisten oder 24,4 Proz. der an diesem Tage insgesamt in Leipzig-Stadt abgegebenen Stimmen.

Groß-Hamburg.

Hamburg, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Groß-Hamburger Stadtgebiet blieb die Zahl der Eintragungen am Donnerstag gegen die ersten Tage der Woche zurück. Trotzdem wurden

über 16 000 Unterschriften geleistet, so daß jetzt insgesamt 154 500 Unterschriften vorliegen. Davon entfallen auf die Stadt Hamburg 125 000, auf Altona 24 000 und auf Wandsbek 5000. Prozentual marschieren Altona an der Spitze mit 17,75 Proz. der Wahlberechtigten und 53,7 Proz. der sozialdemokratisch-kommunistischen Stimmen bei der Reichspräsidentenwahl. Wandsbek hat 17 Proz. der Wahlberechtigten und 46,8 Proz. der sozialdemokratisch-kommunistischen Stimmen, während Hamburg mit 16,2 Proz. bzw. 47 Proz. etwas zurückbleibt. Für Sonntag ist eine große Propaganda im ganzen Stadtgebiet vorbereitet.

Nürnberg, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis zum Donnerstagabend sind in den untenstehenden bayerischen Städten folgende Eintragungszahlen zu verzeichnen: Nürnberg 50 000, Fürth 8000, Würzburg 1900, Schweinfurt 3300, Kirschheim (Bezirk) 8100, Hof 3100, Bayreuth 3500, Kulmbach 1200, Coburg 1050.

Magdeburg, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis Donnerstagabend hatten sich in Magdeburg-Stadt 39 484 Wahlberechtigte in die Listen eingetragen.

Briand verhandelt.

Aktivität nach allen Seiten.

Briand hat heute morgen in Genf die Lösung der Ratskrise angepackt. Er veranlaßt, daß die Regierungen der hauptsächlich streibenden Mächte um neue Instruktionen für ihre Genfer Delegation ersucht werden.

(Näheres siehe 3. Seite.)

München, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Eintragungsziffer bis gesternabend: 26 443 (etwa 6 Proz. der Wahlberechtigten).

Breslau, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Bewegung für das Volksbegehren geht in Schlesien erfolgreich weiter vorwärts. In Breslau wurden auch gestern über 10 000 neue Unterschriften erzielt. Obgleich hier nur zwei Einzeichnungsorte mit beschränkter Einzeichnungszeit bestehen, haben sich in der Stadt bereits über 63 000 Männer und Frauen für das Volksbegehren erklärt. Auf Forderung unserer Genossen im Stadtparlament hat der Magistrat jetzt wenigstens eine Erweiterung der Einzeichnungstendenzen zugestimmt.

Hannover, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten Tagen hat sich hier die Einzeichnungsbewegung zum Volksbegehren ganz bedeutend verstärkt. Während bis zum Dienstagabend sich 20 658 Personen eingetragen hatten, war die Zahl bis zum Mittwochabend bereits auf 34 702 und bis zum Donnerstagabend auf 45 193 Personen von rund 300 000 Wahlberechtigten gestiegen. In den letzten beiden Tagen haben sich also bald noch einmal soviel Personen eingetragen, als in den vorhergehenden Tagen. Aus der Provinz liegen auch aus kleineren Städten gute Resultate vor.

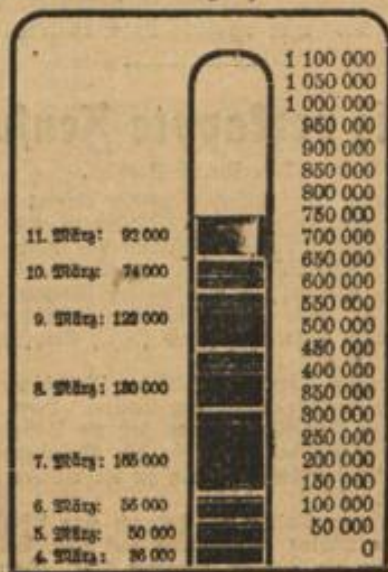
Frankfurt a. M., 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis heute morgen wurden 52 300 Eintragungen zum Volksbegehren gezählt. Das entspricht einer Beteiligung von etwa 22 Proz. der beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl abgegebenen Stimmen.

Im Agitationsbezirk Frankfurt a. M. haben sich bis jetzt rund 18 Proz. der Wahlberechtigten eingetragen.

Halle, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis gestern, Donnerstag, Abend wurden in der Stadt Halle an Eintragungen 23 483 Stimmen gezählt. Das sind etwa 17,7 Proz. aller Wahlberechtigten.

Stuttgart, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In Stuttgart haben sich bis zum Donnerstagabend 39 293 Personen zum Volksbegehren eingetragen.

Stand des Volksbegehrens in Berlin.



Freiligraths Abfindung.

50 Mark monatlich.

Mit Genugthuung dürfen wir heute feststellen, daß der Vorstoß, den der „Vorwärts“ vor einigen Wochen unternahm, um den greisen Sohn des großen Dichters Freiligrath aus trostloser Not zu befreien, nicht ohne Erfolg geblieben ist. Wolfgang Freiligrath wird von jetzt ab eine Pension von 50 M. monatlich beziehen, zu der das Reich und Preußen je die Hälfte, also jedes 25 M. monatlich beitragen.

Man wird zugeben, daß diese Abfindung, die dem Sohn eines Dichtersfürsten zuteil wird, keineswegs fürstlich ist. Aber wir nennen die bescheidene Summe nicht, um uns über ihre Geringsfügigkeit zu beklagen. Der Sohn eines großen Mannes ist eben auch nur ein Mensch wie die andern, und er hat an seiner Herkunft kein Verdienst. Es galt, eine Dankeschuld an den Vater abzutragen, sie ist bezahlt, wenn dem Sohn nur die Möglichkeit gewährt ist, das bescheidene Leben eines allgewordenen Landarbeiters ohne Sorge zu Ende zu führen.

Vielleicht hätte man sich einen Stoß geben und noch zehn zwanzig, fünfzig Mark im Monat zulegen können. Das wäre dann aber wohl das höchste der Gefühle. Denn daß Wolfgang Freiligrath, weil er der Sohn Ferdinands ist, etwa Millionen an barem Gelde, Dukende an Schiffsörnern voll bestreuten Dienern und Lakaien, Tausende an Sekular Forst und Feld, Autos, Reitperde usw. bekommen sollte, daran hat wohl kein Mensch gedacht.

Nein, der alte, schlichte Wolfgang Freiligrath ist kein Prinz, kein Kronprinz. Die Familiengeschichte unserer geistigen Heroen ist und bleibt der bündigste Beweis gegen die Monarchie. Der Fall, daß sich die besondere Begabung des Vaters auf den Sohn vererbt, ist unendlich selten; die Vererbung auf Generationen hinaus, die Auszeichnung irgendeines ganzen Geschlechts in all seinen Linien und Nebenlinien durch besondere Eigenschaften des Geistes und des Charakters ist eine noch nie beobachtete Erscheinung. Im Reich des Geistes gibt es kein Recht der Dynastie.

Wir hatten in Deutschland Duzende von regierenden Geschlechtern. Während der Erstgeborene das Marschallsamt des Vaters übernahm und darin — in neunundneunzig von hundert Fällen — für jeden nicht vom Hofglanz Gebildeten bewies, daß auch er nur ein ganz gewöhnlicher Mensch war, führten seine Verwandten, von Geschäften unbeschwert, das Leben von großen Herren, ja, sie führten es bekanntlich auch heute noch. Von der Biene an standen ihnen alle Bildungsmöglichkeiten offen, keine Erwerbsnot lähmte ihre Schwingen, und hätten sie irgendwelche besonderen Eigenschaften besessen, so hätte nichts sie gehindert, sie herrlich zu entfalten. Aber wo blieben die Offenbarungen ihres bevorzugten, außerordentlichen Menschentums? Was hat das Volk ihnen gegeben, und was haben sie dem Volke gegeben? Die Bilanz ist für sie besämhend.

Reden wir von der materiellen Seite! Wolfgang Freiligrath ist nach bürgerlichem Recht der Erbe des Dichters. Aber Freiligraths Werte, obwohl in ungeheurer Auflage im Volk verbreitet, tragen dem Erben keine Früchte mehr, da die Schutzfrist für geistige Schöpfungen nur dreißig Jahre bis nach dem Tode des Verfassers dauert. Ob man diese Schutzfrist nicht verlängern sollte, ist eine offene Frage; denn so oft hat es sich ereignet, daß sich Verleger an den Werken eines verstorbenen Meisters bereicherten, während seine Verwandten in Not lebten. Aber der Grundgedanke, daß dem Urheberrecht zu leicht Schranken gesetzt sind, ist zweifellos berechtigt. Was würden wir dazu sagen, wenn wir irgendwelchen Nebenlinien der Dynastie Goethe oder der Dynastie Schiller Tribut dafür bezahlen müßten, daß wir Goethes und Schillers Werte lesen dürfen? Der Gedanke, daß das Werk der Großen nach Ablauf einer gewissen Zeit zum freien Eigentum des ganzen Volkes wird, ist richtig und gut.

Aber im krassen Gegensatz zu ihm steht, was wir in diesen Tagen auf einem andern Gebiet erleben. Es soll hier nicht darüber gestritten werden, ob es nicht in den Geschlechtern, die früher Deutschland regierten, den einen oder anderen Mann gegeben hat, dessen Verdienste denen der geistigen Führer des Volkes gleichzustellen sind. Der einzige Hohenzoller der letzten Jahrhunderte, der über das geistige Mittelmaß hinausreichte und der darum als Friedrich der Große in der Geschichte weiterlebt, starb bekanntlich ohne direkte Nachkommenschaft.

Wie will man es jetzt rechtfertigen, daß die entfernten Nachfahren von Männern, die sich vielleicht vor langer Zeit einmal Verdienste erworben haben — während diese Nachfahrenschaft doch sicherlich ohne alle Verdienste sind — für ewige Zeiten mit verschwendlichem Reichtum ausgestattet sein sollen? Oder sind die Verdienste Wilhelms II. am deutschen Volke wirklich um so viel größer als jene Ferdinand Freiligraths, daß sich der Sohn des einen in der Schweiz eine Villa mieten kann, während der Sohn des andern schon reichlich beschenkt scheint, wenn man ihm fünfzig Mark im Monat gibt?

Ferdinand Freiligrath lebt in der Seele des deutschen Volkes. Das wird der kommende 18. März beweisen, an dem wir seinen 50. Todestag feiern werden. Der Glanz dieser Dichterfeier fällt auf das kleine Häuschen im Dorfe Rülz im Hunsrück, wo nun der greise Sohn des Gefeierten als Staatspensionär mit 50 Mark im Monat friedlich seine Tage beschließen darf. Er ist abgefunden. Der Fall Freiligrath ist erledigt.

Der Fall Hohenzollern harri noch der Erledigung!

Fememorde und Justizbehörden.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten Braun.

Die bekannte Rede des Ministerpräsidenten Braun auf dem Reichsbannertage in Hamburg, in der er sich auch mit dem letzten Fememordprozeß befaßte, hatte eine Anfrage der Fraktion der Deutschen Volkspartei im Landtage zur Folge gehabt, in der der Ministerpräsident nach dem Wortlaut seiner Hamburger Ausführungen und nach den Gründen gefragt wurde, aus denen heraus er gesagt habe, daß einzelne Organe der Rechtspflege in der Fememordfrage ihre Schuldigkeit nicht getan hätten. Ministerpräsident Braun beantwortet nunmehr, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, die Kleine Anfrage wie folgt:

„Ich habe auf dem Bundestag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 21. Februar d. J. in Hamburg in meiner Rede gesagt, daß das Reichsbanner den lebenden Schutzwall um den stolzen Bau der deutschen Republik bilde und sodann wörtlich weiter ausgeführt:

„Wie lebensnotwendig dieser Schutzwall, sein weiterer Ausbau und seine innere Kräftigung ist, haben die vergangenen Jahre zur Genüge bewiesen und beweisen auch wieder die Tatsachen, die über das abscheuliche Treiben der Fememörder und anderer sogenannter vaterländischer Organisationen neuerdings bekannt geworden sind und den Abbruch aller Gesitteten ausgelöst haben.

Leider stellen sich einzelne Organe der Rechtspflege in völliger Verleugung ihres hohen Berufes schuldig vor diese Feinde der Republik und verdrängen es, entgegen dem Staatsinteresse, daß mit dem hellen Licht der Öffentlichkeit in das dunkle Treiben dieser verbrecherischen Elemente und vornehmlich ihrer Hintermänner hineingeleuchtet wird.

Zum Glück gibt die republikanische Verfassung die Möglichkeit, auf parlamentarischem Wege die Schleiern zu zerreißen, in die diese Justizorgane, sehr zum Schaden für das Ansehen der Justiz, bemüht sind, das Treiben gewisser nationalistischer Elemente einzuhüllen.

Vorliegende Ausführungen gründen sich auf folgende Tatsachen: In dem am 1. und 2. Februar 1926 vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin durchgeführten Fememordprozeß gegen Schirrmann und Genossen (Fall Panier) wandte sich der Vorsitzende des Gerichts einige Tage vor der Verhandlung an das Justizministerium mit dem Ersuchen, durch Rückfrage beim Auswärtigen Amt festzustellen, ob das Staatsinteresse den Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Verhandlung erfordere. In einer daraufhin unter dem Vorsitz des Herrn Reichszanklers stattgehabten Besprechung der beteiligten Reichsminister und Staatsminister wurde festgestellt, daß das Staatswohl den Ausschluß der Öffentlichkeit nicht erfordere, daß vielmehr die Reichsregierung ebenso wie die Staatsregierung eine Verhandlung in voller Öffentlichkeit wünsche. Nur eine Vertagung dieser Verhandlung um einige Wochen aus einem besonderen Grunde wurde als erwünscht bezeichnet.

Diese Auffassung ist dem Vorsitzenden des Gerichts übermittelt und vom Staatsanwalt in der Verhandlung auch vertreten worden. Gleichwohl hat das Gericht entgegen der von ihm selbst eingeholten Stellungnahme der obersten Regierungsstellen die Öffentlichkeit ausgeschlossen und dadurch verhindert, daß das Treiben gewisser republikanischer Kreise, das zu den zur Aburteilung stehenden abscheulichen Mordtaten geführt hat, in voller Öffentlichkeit klargestellt wurde. Da die Reichsregierung und die Staatsregierung, wie dem Gericht bekannt war, diese völlige Klarstellung wünschte und sie mit dem Staatswohl für vereinbar erachtete, ist mit unerfindlichen, welche Gründe das Gericht veranlaßt haben, entgegen dem Gutachten der obersten Regierungsstellen die Öffentlichkeit auszuschließen. Nebenfalls hat seine Entscheidung zu der Auffassung Anlaß gegeben, daß es sich schuldig vor jene oben erwähnten Kreise stellt und verhindert, daß mit dem hellen Licht der Öffentlichkeit das dunkle Treiben dieser staatsfeindlichen Elemente beleuchtet wurde. Das hat wohl auch dahin geführt, daß in der Verhandlung nicht alles gesagt, um die Taten, die von den Mördern zu ihren Hintermännern gingen, hinreichend bloßzulegen, wodurch diese eigentlichen Urheber der Mordtaten frei ausgingen. Solange

aber nur die Werkzeuge und nicht die intellektuellen Urheber und Begünstiger dieser Verbrechen festgestellt und zur Aburteilung gebracht werden, wird es nicht gelingen, diese Fememordfrage, die eine Schande für Deutschland ist, wirksam zu bekämpfen.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten von Preußen entsprechen dem Urteil aller politischen Kreise, soweit sie nicht ein Interesse daran haben, die Spuren der Fememörder und ihrer Hintermänner zu verwischen. Sie stützen sich auf Tatsachen. Es war notwendig, daß einmal von verantwortlicher Stelle auf diese unhaltbaren Zustände hingewiesen wurde. Wenn sich die Justiz als solche dadurch angegriffen fühlt, so ist es ihre eigene Schuld. Sie hat es bisher versäumt, Richter, die ihre einseitig politische Einstellung aus den Zeiten der Monarchie in den Gerichtssaal bringen, von sich abzuschütteln. Das muß auf die Dauer zu Konflikten zwischen Staatsgewalt und den Organen der Rechtsprechung führen, wenn die Staatsgewalt sich nicht die Annahme von Justizorganen gefallen lassen will, einen Staat im Staate zu bilden.

Nicolais Hirngespinnste.

Peinliche Fragen eines Eingeweihten.

Die Mitteilungen, die Genosse Philipp Scheidemann über die große Vorkriegsorganisation in Deutschland unter Führung des Kriegsobersten Nicolai veröffentlicht hat, geben diesem Nicolai jetzt Veranlassung, reichlich spät, in einer Erklärung, die in den nationalistischen Blättern veröffentlicht wird, sowohl Scheidemanns Behauptungen wie die Andeutungen Arnold Rechsbergs und des Jungdeutschen Führers Marauhn als „Hirngespinnste“ zu bezeichnen. Dieser Versuch, sich um die Dinge herumzudrücken, ruft Marauhn wieder auf den Plan. Im „Jungdeutschen“, dem Organ des Jungdeutschen Ordens, sagt Marauhn, daß Nicolai eine besondere Rolle in der Bolschewisierungssaktion spiele. Im Anschluß daran stellt er an Nicolai folgende Fragen:

„Will Herr Nicolai bestreiten, daß nach seinen Angaben er lange Zeit auf dem Standpunkt gestanden habe, Lenin müsse die Rolle Napoleons übernehmen? Will Herr Nicolai bestreiten, daß er den Transport der Bolschewistenführer durch Deutschland während des Krieges selbst als kein Werk bezeichnet hat? Will Herr Nicolai bestreiten, daß er unter Hinweis auf die „große russische Armee“ von dem kommenden Krieg mit Frankreich gesprochen und seine Ansicht geäußert hat, daß dieser sich an der Elbe abspielen werde? Will er ferner bestreiten, daß er daran arbeite, seine Vertrauensmännerorganisation zur Störung der französischen Etappe zwischen Rhein und Elbe vorzubereiten? War Herr Nicolai im vergangenen Monat in der Türkei und in Angora, wo bekanntlich tieflich-bolschewistische Verhandlungen stattfanden? War er dort als Privatmann?“

Im Anschluß daran erklärt Arnold Rechsberg an derselben Stelle, er habe sich davon überzeugen müssen, daß Nicolai schon vor Jahresfrist ein Zusammengehen Deutschlands mit Sowjetrußland zum Kriege gegen die Westmächte propagiert hat. Man darf gespannt sein, welche Ausrede Nicolai und die Seinen auf diese präzis gestellten Fragen und Behauptungen erfinden werden.

Folgen des Stahlhelmsregimes.

Gründung weltlicher Schulen in Braunschweig.

Braunschweig, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Einen überaus großen Erfolg hat in der Stadt Braunschweig die Arbeit für die weltliche Schule gebracht. Bis zum behördlich festgesetzten Rechentermin sind annähernd 1000 Kinder zur weltlichen Schule angemeldet worden, obwohl allerlei bürokratische Erschwernisse bereitet wurden. Eine größere Zahl von Anmeldungen wurde auch zurückgewiesen, weil neben der Unterschrift des Vaters die ebenfalls verlangte Unterschrift der Mutter gefehlt hat. Es ist also mit der Errichtung von drei vollen weltlichen Schulen zu Ostern 1926 zu rechnen. Ein weiteres Anwachsen der Kinderzahl ist sicher. In mehreren Kreisstädten des Freistaates Braunschweig und in einigen Industrieorten hat der weltliche Elternbund ebenfalls starke Wurzeln geschlagen und zum

Teil schon die Vorarbeiten zur Schulgründung in Angriff genommen. So hat der schwarzweisse Minister Marquardt durch die Auslieferung sämtlicher Braunschweiger Schulen an die Kirche eine Bewegung aus dem Boden stampfen helfen, vor der heute die ganze Reaktion einen gewaltigen Schreck bekommen hat.

Auch ein deutscher Fürst!

Rupprecht gegen die armen Leute.

München, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung der parteiamtlichen Pressestelle des Bayerischen Bundesbundes herrscht in verschiedenen Gegenden der Oberpfalz, wo der ehemalige Kronprinz Rupprecht umfangreiche, ihm durch den Staatsvertrag als Privateigentum zuerkannte Wälder besitzt, außerordentliche Erregung darüber, daß die Forstbeamten Rupprechts gegen die arme Bevölkerung mit größter Brutalität und Rücksichtslosigkeit vorgehen. Es handelt sich um jene armen Leute, die durch Holz sammeln und Beeren pflücken im Walde ihren färglichen Verdienst zu erhöhen suchen. Solange diese Wälder staatliches Eigentum waren, wurde gegen die Leute das größte Ergegenkommen geübt, heute, unter dem Waldbesitzer Rupprecht, werden sie nicht nur aus den Wäldern gejagt, sondern schwerer Bestrafung zugeführt.

Prinzen auf der Penne.

Ein Beitrag zur „Not“ der Fürsten.

Durch die sogenannte „unparteiische“ Provinzpresse, die zum größten Teil von Berliner Zentralbureaus mit Nachrichten versorgt wird, geht die folgende kuriose Notiz:

„Das Altenburger Evangelische Gemeindeblatt“ veröffentlicht einen Bericht der Herberge zur Heimat. Es heißt darin: Für die Not der Zeit ist kennzeichnend, daß die Herberge zur Heimat jetzt auch häufig von stellungsuchenden Akademikern, Ingenieurern und Kavalleuren besucht wird. Selbst Angehörige des Adels haben sie aufgesucht, sogar zwei Prinzen sind in den letzten Jahren unter ihren Gästen gewesen.

Wenn Prinzen auf der Penne erscheinen, haben sie sicher ihren besonderen Zweck dabei. Daß sie als Nachtgäste im Herbergsraum logiert hätten, glaubt natürlich kein Mensch, es sei denn, daß die „Prinzen“ zwei Menschen namens Prinz seien.

Wahrscheinlich aber wird die traurig schöne Meldung von der „Not der Zeit“ nur lanciert, um zu zeigen, wie hundsmäßig schlecht es den Fürsten und ihren Söhnen geht und um daher die Wähler vom Volksbegehren fernzuhalten. Es gibt aber sehr viele Leute, die der Meinung sind, es würde den „Prinzen“ wirklich nichts schaden, wenn sie wie andere Sterbliche sich ihr Brot ehrlich erwerben würden, selbst auf die Gefahr hin, gelegentlich als Arbeitslose auf die Walze zu gehen und in der Penne übernachtet zu müssen.

Steuerprotest in Mainz.

12000 Landwirte und Winzer demonstrieren.

Mainz, 11. März. (W.F.) Etwa 12000 Landwirte, Winzer und Weinhandwerker veranstalteten gestern hier eine Steuerprotestkundgebung und nahmen eine Entschlieung an, in der u. a. gefordert werden: Verringerung der Steuererhebung, Beseitigung der Wein- und Schaumweinsteuer, eine Sozialpolitik, die eine Ernährung des deutschen Volkes mit deutschen Erzeugnissen ermöglicht, baldige Wiederherstellung der Realrechte, weitestgehende Vereinfachung der Steuererhebung, Festlegung eines Existenzminimums für den Landwirt, Umgestaltung der sozialen Fürsorge und Umgestaltung des Reichswirtschaftsrats in ein dem Reichstage gleichgeordnetes Wirtschaftsparlament.

Nach der Kundgebung zogen die Teilnehmer in langen Demonstrationsszügen unter Vorantragen schwarzer Fahnen ab.

Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin nahm in zweiter Lesung den sozialdemokratischen Antrag an, in dem das mecklenburgische Staatsministerium um eine Prüfung darüber ersucht wird, ob und gegebenenfalls welche finanziellen Ersparnisse von einem Anschluß Mecklenburgs an Preußen zu erwarten seien.

Vater Pleitke.

Von Kurt Red.

Vater Pleitke reckt den Hals, guckt über die Zeitung weg, schiebt die Schüssel mit den dampfenden Erbsen beiseite und horcht gespannt:

„Du Mutter, id' gloobe, da spielt eener uff 'n Hof. Zum Donnerwetter, Jörn, seid doch mal 'n Dogenblick ruhig! Da — — seht redet eener! Nach mal schnell der Fenster uff!“

Mutter läuft zum Fenster, rüttelt und schüttelt, doch umsonst: Küchenfenster sind immer verquollen. Da greift Vater Pleitke selbst ein und mit vereinten Kräften gelingt es, das widerpenstige Fenster zu öffnen, und klar und mächtig schallt's aus diesen Kehlen heraus:

„... den Fürsten!“

„Wail,“ sagt Vater Pleitke, „de Fürsten? Die hab'n matt von de Fürsten gesagt, det muß id' hör'n! Justan, bring mir mal de Stiebel! — In de Zeitung steht doch reen jarnisch von de Fürsten. Det sage ich dir aber, Mutter, von'n nächsten Monat an wird der „Vorwärts“ bestellt! Zum Deibel mit dein Burtschblatt und de hämlichen Beschichten! Der „Vorwärts“ hat ooch Beschichten, und die tanpste lesen! Id' will mir jedenfalls von det saubere Fürstenpad nich det Fell über die Ohren zieh'n lassen!“

Mutter Pleitke ist sprachlos. — War das ihr Mann? In ihrer langjährigen Ehe hatte sie jedenfalls solchen Wortschwall noch nicht non ihm gehört.

„Aber, Emil, de Erbsen werd'n doch toll,“ wirft sie zaghaft ein; aber Vater Pleitke knallt schon die Tür ins Schloß.

Drei Häuser weiter hört er ein Hornsignal. „Da sind se drinn,“ sagt er sich, und nun kann Vater Pleitke das vorhin Versäumte nachholen. Zehn stattliche Burtschen in Reichsbannerkleidung stehen in Reih und Glied und laut schallend hört er den Einzelsprecher:

„Rentner, Arbeitslose, Kriegsbeschädigte und Witwen hungern!“

„Hungern!“ erschallt's im Chor.

„Sollen Fürsten weiterproffen?“

„Rein! Rein! Rein!“ tönt es gebieterisch aus zehn Männerkehlen, daß die Wände hallen.

„Denn Bürger auf zum Kampf!“

Parole sei: Den Fürsten keinen Pfennig!!!

Da kann sich Vater Pleitke nicht mehr halten.

„Bravo, Jungs,“ ruft er, und aus allen Fenstern ertönen Bravorufe und Händeklatschen. „Ach dran zu denken!“ — „Von uns jensch nich!“

Dann fordert der Einzelsprecher laut und vernehmlich zum Eintragen in die Liste des Volksbegehrens auf und gibt das Einzelsprechersignal bekannt.

Weiter geht es von Hof zu Hof und Vater Pleitke läßt Erbsen, Erbsen seht und marschiert immer lustig mit. Die Hofsfrau aus

dem Nebenhaus läuft auch hinterdrein. Sie möchte von dem Führer gerne hören, wie sie die Einzeichnung bewerkstelligen kann. Drei Söhne hat ihr der Krieg geraubt. Prachtburtschen, wie jene dort in der schmanden Kleidung! Welcher Fürst hat während des Völkermordens drei Söhne — ja nur einen — verloren?

Die Wilsäuser mehrten sich von Haus zu Haus, und die Freunde am Erfolg gibt den Kaufern neue Kraft.

Schon werden die ersten Häuser geschlossen, und plötzlich, als der Trupp einen Hof verlassen will, findet er das Haustor verschlossen. Eingesperrt! Schallendes Gelächter! Künstlerpoch oder...? Vater Pleitke poltert los. Vom Lärm angelockt kommt der Hauswari die Treppe wieder herunter geschlurft.

„Kann, so viele Menschen, wo kommen Sie denn her? Ich habe gar nichts davon gemerkt.“

Schallendes Gelächter!

Einer von jenen, leider noch allzuweisen, die nichts merken oder merken wollen. Nichts von dem Raubzug der Fürsten, nichts von dem Sturm der Entrüstung des schaffenden Volkes.

Draußen auf der Straße formieren sich die Heroldsrufen zum Zuge. Heimwärts geht es, und ruhig und fest aus allerdings recht rauh gewordenen Kehlen schallt das Lied:

„Mit uns zieht die neue Zeit!“

Vater Pleitke sieht dem Zuge nach, lange nach. — Eins weih er bestimmt: Morgen geht er zur Einzeichnung, und heute Abend hat er soviel Schwungkraft erhalten, daß er nicht nur seine Frau mitnimmt, sondern auch in seinem Treppenhaus Lär für Lär anknöpfen und die Nachbarn zum Einzelsprechersignal „schleppen“ wird. Und der „Vorwärts“ wird bestellt! Dabei bleibt's!

Die verkappte Zensur.

Von Rudolf Koehler.

Ende Februar hat München wieder einmal den seinem Ruf als Kunststadt so sehr zuträglichen Theaterskandal gehabt. Eine Handvoll Leute hatte eine Aufführung des Judomonarchen Lustspiels „Der stahlhede Weiberg“ in den Münchener Kammerspielen besucht, um im Verlauf der Vorstellung stilsüchtiger Entrüstung anheimzuwallen. In gutes Deutsch übersezt heißt das: während der Aufführung wurde unter Regie des stilsüchtigen Empfindsamsten tüchtig geläutert.

Seine besondere Eigenart erhält der Münchener Theaterskandal durch das Verhalten der Münchener Polizei. Denn die Folge jener wohlorganisierten Ruhestörung war, daß die Polizei die Schuld an der Ruhestörung bei der Direktion der Münchener Kammerspiele suchte, die sie dadurch bestrafte, daß sie die weitere Aufführung des Stückes verbot.

Die Münchener Polizei hat dadurch eine Pflichtaufsagung bestanden, die die willkürlichen Kuriositäten auf dem Gebiet politischer Maßnahmen für die Zukunft erparieren läßt. Denn nichts hindert

nach diesem Reiterstück obrigkeitlicher Ruhestiftung daran, eine Strafe für den allgemeinen Verkehr zu sperren, wenn Betrunkene auf ihr geläutert haben. Oder ein Denkmal zu entfernen, weil vor ihm eine Menschenmenge, der es nicht gefällt, mit Geräusch demonstriert hat.

Bezeichnend für die Münchener Verhältnisse ist in diesem Zusammenhang, daß der Sonderurteil des zurechtgemachten Judomonarchen Stückes, der dann die Aufhebung des Verbotes folgte, neben Vertretern der Polizei auch Vertreter der Studentenschaft (gleichwie als Neben-Zensurinstanzen) beimohnten. Doch diese Studentenvertreter nach der Aufführung erklärten, den Protest gegen das Stück ohne Kenntnis des Stückes auf eine Demonstration hin unterzeichnet zu haben, ist zur Beurteilung der Frage, wie stilsüchtige Entrüstung zustande kommt, außerordentlich lehrreich.

Artikel 118 der Reichsverfassung bestimmt: „Eine Zensur findet nicht statt.“ In München findet zwar keine Zensur statt, aber rohdunkelste Elemente haben es in der Hand, die Wirkungen der abgeschafften Zensur, sobald es ihnen Spaß macht, auf Kunst und Künstler loszulassen. Sie brauchen im Theater, wie man sieht, bloß stilsüchtigen Lärm zu schlagen — und die Polizei setzt dann dafür, daß der Lärm der Ruhestörung, das Theater natürlich, geschloffen wird. Wenn anders — siehe Kammerspiele! — das Theater es nicht vorzieht, die Herren Ruhestörer freundschaftlich zur Berechnigung und Verbesserung seiner Stücke zu sich zu bitten.

Die Zensur wird also nicht mehr von der Polizei, sondern von den Ständemachern ausgeübt.

Theater des Westens: „Prinzessin Hush“. Dies ist wohl die blasseste und geschmackloseste Simonade, die seit vielen Jahren auf dem Operettenschauplatz serviert wurde. Die Frau Rat Grotte als Operettenmutter, Königin Luise und Raus als tanzendes Paar, politische Staatsaktion mitten im Erntefest — es ist Zeit, daß man sich von diesen Unwahrscheinlichkeiten, die nachgerade Unanständigkeit werden, energisch abwendet. Nicht damit absinden, sondern verdammten, nicht jart die Augen zudrücken, sondern schreien: dies ist der Untergang ins Fahrwasser des Kitsches. August Reithardt schrieb diesen Schmarren mit dem rührselig verlogenen zweiten Akt ohne Sinn für operettenschauplatz Laune und Technik. Mit dem ersten Akt ist das ganze Stück schon zu Ende. O wäre es dabei geblieben! Leon Jessel erfindet wenig zur Handlung hinzu, was nach eigen gewohnter Muße aussieht. In dieser „Prinzessin Hush“ feiert das viel gefälligere „Schwarzwalddäbel“, Jessels erstes Kind, seinen Triumph. Die beiden Margit Souchn und Kühne, suchten zu belachen, was tot war. Bilo Görke, die Frau Rat war lieb und sanft, Karl Fischer satzig in seiner Komik. Die beiden Helken aber verführten ihre Rollen noch um 100 Proz. Das Publikum schloß sich, getreu seiner Operettentradition, mit Beifall der Clique an.

In der Volksbühne findet Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, die 30. Aufführung von „Ganiet“ mit Karl Ludwig Holz in der Titelrolle statt.

Der Deutsche Sozialistische Studentenbund läßt am Sonnabend, nachm. 5 Uhr im Festungs-Koliseum, Brädelstr. 13, unter dem Titel „Das andere Frankreich“ aus Berlin nach Gollnow, Bouffon, Rolland und junges System lesen. Eintritt frei.

Neue Instruktionen für Genf!

Briand wendet sich an Spanien und Brasilien — Druck gegen Schwedens starren Standpunkt.

V. Sch. Genf, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl Chamberlain gegen Ritterschaft die englische Presse zusammenberufen hatte, um der Behauptung entgegenzutreten, daß er während der gestrigen Ratssitzung Unden in beleidigender Weise angefahren habe, so dürfte nach allem, was man von anderer Seite hört, ein Zusammenstoß zwischen England und Schweden erfolgt sein.

Unden soll nämlich in der gestrigen Sitzung zur großen Enttäuschung von Chamberlain erklärt haben, daß er auch gegen jede platonische Konzeption stimmen würde, die man beabsichtige, an die Spanier und Brasilianer zu machen, eine Forderung, die scheinbar auch Briand nicht gebilligt hat. Es sollte eine Resolution vom Rat angenommen werden, daß die Frage der Erweiterung der Zahl der permanenten Ratsmitglieder studiert werden sollte.

Unden erklärte, daß er auch gegen eine solche Resolution, selbst wenn sie nur provisorischen Charakter tragen sollte, stimmen würde, weil er gegen jede Resolution Stellung nehmen müsse, in der auch nur die Möglichkeit angedeutet werde, daß die Zahl der permanenten Ratsmitglieder erhöht werden würde. Briand soll Unden vorgemerket haben, daß er unter Umständen durch seine Stellungnahme das Gegenteil dessen erreichen würde, was ihm und allen am Herzen liege, nämlich den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Denn durch diese intransigente Haltung Schwedens würden die Brasilianer und Spanier in der Absicht, gegen Deutschlands permanenten Ratsmitglied ihr Veto einzulegen, nur bestärkt werden.

Unterdessen ist man eifrig bemüht, die beiden Extreme, also Schweden auf der einen und Spanien und Brasilien auf der anderen Seite, zum Einlenken zu veranlassen. Briand hat sowohl an Primo de Rivera, wie auch an den Präsidenten der brasilianischen Republik telegraphiert, um ihnen den Ernst der Lage auseinandersetzen, die infolge der Instruktionen, die ihre Vertreter in Genf erhalten hatten, entstanden ist und um sie zu beschwören, unverzüglich neue Instruktionen nach Genf zu telegraphieren, die ihnen gestatte, ihre bisherige Taktik zu ändern.

Kun ist auch die Frage eines etwaigen polnischen Ratsmitglied keineswegs normwärts gekommen. Unden soll zwar erklärt haben, daß er sich nur gegen eine Vermehrung der Zahl der permanenten Ratsmitglieder sträube, daß er aber an sich gegen die Erteilung eines provisorischen Ratsmitglied an Polen nichts Grundfährliches einzuwenden habe.

Die Hauptverständnisse in dieser Frage liegen natürlich bei der deutschen Delegation. Briand war heute vormittag bei Luther und Strefemann und versuchte, sie für eine Formel zu gewinnen, die die sofortige Gewährung eines provisorischen polnischen Ratsmitglied enthalten hätte. Er legte ihnen eindringlich aus, daß es dem Geist der Locarno-Politik entsprechen würde, wenn alle Mächte, die am Locarno-Pakt teilgenommen hätten, auch im Völkerbund; sei es durch einen permanenten, sei es durch einen provisorischen Ratsmitglied vertreten seien. Würde Polen keinen solchen Sitz erhalten, so würde es die einzige Locarno-Macht sein, die dem Völkerbundsrat fern bleiben würde. Es scheint, daß die beiden Standpunkte bei dieser Unterhaltung sich nicht genähert haben, denn es wurde von beiden Seiten nachher erklärt, die Lage sei unüberwindlich.

Darauf begaben sich die Vertreter der am Rheinpakt beteiligten Mächte, Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, wieder zu Chamberlain ins Hotel Beau Rivage, wo sie von 12 Uhr ab konferieren. Zurzeit, um 12 Uhr, ist die Sitzung noch nicht beendet.

„Interessante Anregungen zur Lösung.“

Nur vor 1/2 Uhr war die Besprechung der Vertreter der Rheinpaktmächte beendet. Es wurde ein Communiqué herausgegeben, in dem es heißt, daß sehr interessante Anregungen zu einer etwaigen Lösung in die Debatte gemorfen worden seien.

Französischerseits zeigte man sich zwar etwas optimistisch. Auf deutscher Seite hingegen erklärt man, daß man noch zu keinem Ergebnis gelangt sei, festhält aber, daß neue Möglichkeiten für eine etwaige Lösung aufgetaucht seien, die man nunmehr weiter prüfen werde.

Die erste Prüfung wird heute nachmittag in einer neuen offiziellen Sitzung der Völkerbundmächte, also wieder ohne Deutschland, erfolgen.

Einmütigkeit der deutschen Presse.

Genf, 11. März. (All.) Der Reichstanzler gab am Donnerstagabend der deutschen Presse einen Bierabend. Im Laufe des geselligen Beisammenseins trank der Kanzler auf das Wohl der deutschen Presse, die in seltener Einmütigkeit die deutsche Delegation bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe unterstütze.

Englischer Pessimismus.

London, 12. März. (B.T.A.) Die Reuter-Telegramme aus Genf, die bisher stets in einem Tone ruhiger Zuversicht gehalten waren, lauten seit gestern Abend sehr pessimistisch und sprechen davon, daß die aufgelauchten Hindernisse bisher unüberwindlich erschienen.

In einer nach Ritterschaft abgegangenen Reuter-Redung aus Genf heißt es: Chamberlains einziges Ziel ist, die Katastrophe zu verhindern, die den Völkerbund und Europa bedroht. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sollte unter Bedingungen erfolgen, die Fortschritte und nicht Rückschritte bedeuten. Man glaube zwar nicht, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verhindert werden könne, aber man befürchte, daß er unter Umständen erfolgen werde, die eine Veröhnung unmöglich machen.

Warschauer Pessimismus.

Warschau, 12. März. (Rtd.) Die polnischen Blättermeldungen aus Genf sprechen jetzt alle nicht mehr zuversichtlich über die Aussichten Polens auf einen ständigen Sitz Polens im Völkerbundsrat. Einmütig wird aber die Ansicht befunden, daß Stragnski im Falle einer Ablehnung des ständigen Ratsmitglied für Polen zurücktreten müsse. Dem Kurier Poranny zufolge hat Stragnski erklärt, daß er nach Warschau nur mit der Garantie des festen Ratsmitglied zurücktreten könne, wenn die jetzige Regierung sich halten und eine Weiterführung der Locarnopolitik überhaupt denkbar sein sollte.

Schweden verteidigt sich gegen den Vorwurf unfreundlicher Haltung.

Stockholm, 12. März. (B.T.A.) Anlässlich einer spanischen Demarche in Stockholm, bei der die Haltung der schwedischen Regierung in der Ratsfrage als unfreundlich bezeichnet wurde, ist schwedischerseits entschiedener Protest unter wiederholter Betonung des prinzipiellen Grundes für die Haltung der schwedischen Regierung in Wadud erhoben worden.

Fürstenkompromiß im Rechtsauschuß.

Beginn der zweiten Lesung.

Der Rechtsauschuß des Reichstages begann heute die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Vermögensverhältnisse der Fürsten. Der Entwurf ist in der Tagesordnung gelangte eine Zusammenstellung über das Privatvermögen der ehemals regierenden Fürstenhäuser zur Verteilung.

Dazu beantragte Genosse Rosenfeld von den zuständigen Finanzämtern

die Selbstentwässerung der Fürsten zum Wehrbeitrag einzufordern. Aus diesen eigenen Erklärungen der Fürsten würde sich die notwendige Ergänzung zu den bisherigen Feststellungen über das Privatvermögen der Fürsten ergeben. Erst dann sei man in der Lage, die Größe der einzelnen Fürstendörner überblicken zu können.

Vorliegender Kahl: Es wird wohl der Wunsch des Ausschusses sein, die Selbstentwässerungen der Fürsten zu sehen. Reichskommissar Kuenjer: Ich werde diesen Wunsch dem Reichsfinanzminister weitergeben.

Alsdann macht Dr. Kahl Mitteilung von einer Erklärung der Braunschweiger Regierung und des Braunschweiger Fürstenhauses, die sich gegen frühere Mitteilungen des Genossen Rosenfeld über Bilderverkäufe des Braunschweiger Fürstenhauses richtet. Nach diesen Regierungserklärungen habe der frühere Herzog von Braunschweig nur Bilder verkauft, die sich im Provinzialmuseum in Hannover befinden und der Verkauf sei auch nur an die Provinz Hannover erfolgt. Allerdings sei der Preis in englischen Pfunden vereinbart worden, weil das Herzoghaus sich habe vor Entwertung schützen wollen. Inzwischen sei der Betrag aber dahin abgedrängt worden, daß die Zahlung in einer Summe und in Reichsmark erfolge. Das braunschweigische Fürstenhaus sei durch die Entwertung besonders hart getroffen worden. Die Gelder, die es beiseite habe, seien entwertet worden und der Landbesitz werfe keine Ueberschüsse ab. Auch die Zinsen des Besitztums seien völlig entwertet. Mit den Erträgen der zusammengekauften Vermögensgegenstände seien die Ausgaben nicht zu bestreiten gewesen und deshalb hätten wiederholt starke Eingriffe in das Kapitalvermögen erfolgen müssen. Häuser, Kunstgegenstände, Juwelen, Gobelins, auch der größte Teil der Silberkammer des Hauses, hätten veraußert werden müssen.

Tropfen hätten die Bedürfnisse nicht gedeckt werden können. Allerdings sei ein Bild von Halbein für 58000 Pfund an eine Londoner Firma verkauft worden. Die Kollage des Gesamtvermögens sei aber groß.

Genosse Rosenfeld: Es sei nicht zu begreifen, was das Braunschweiger Fürstenhaus eigentlich richtigste. Im wesentlichen sei richtig, was früher vorgetragen sei. Im Kaufverträge mit der Provinz Hannover sei der Kaufpreis also tatsächlich in englischen Pfund vereinbart gewesen. Ein wertvolles Bild sei für einen hohen Betrag nach England verkauft worden. Durch die Entwertung seien auch andere schwer getroffen worden. Und auch andere hätten starke Eingriffe in ihr Kapitalvermögen vornehmen müssen.

Ob aber eine Kollage des Braunschweiger Fürstenhauses vorliege, hänge doch davon ab, ob die Bedürfnisse des Hauses nicht zu große seien.

Darüber aber werde Ausschluß nicht gegeben. Man könne sich sehr wohl vorstellen, daß die bisherigen Verkäufe des Fürstenhauses auf lange Zeit alle Bedürfnisse der Mitglieder des Fürstenhauses decken könnten.

Ein Schreiben des Thüringer Finanzministeriums.

Vorl. Kahl: Zur Frage der Rückwirkung ist ein Schreiben des Thüringischen Finanzministeriums eingegangen, in dem dargelegt wird: Das Land Thüringen habe bei der Beibehaltung von Krediten Schwierigkeiten gehabt, weil infolge verschiedener Prozesse die Vermögenslage des Staates sich nicht genügend klar habe übersehen lassen. Diese Schwierigkeiten würden sich noch erheblich vergrößern, wenn das neue Reichsgesetz den Fürsten Gelegenheit gebe, Anschaffungen vorzunehmen, zu denen ihnen das bisherige Recht keine Handhabung gebe. Dann seien auch Änderungen zumungunsten des Landes möglich. Es könnten Jahrzehnte vergehen, bis die Verhältnisse sich mit Sicherheit übersehen ließen. Ein solcher Zustand jahrelanger Ungewißheit würde aber kaum tragbar sein. Auch die Vermaltung der strittigen Vermögensmassen würde große Schwierigkeiten bereiten und neue nach dem Sperrgesetz auch jetzt noch zulässige einseitige Verfügungen und Prozesse bringen. Die bisherigen Abfindungsverträge seien im allgemeinen für das Land nicht unvorteilhaft, teils sogar günstig.

Ob das Reichsgericht diese Verträge im ganzen zugunsten des Landes ausreicht erhalten werde, weiß man nicht. Sehr zu bedauern wäre, wenn statt der wirtschaftlichen Besserstellung der Länder eine Verschlechterung eintrete. Die drei Abfindungsverträge mit den Fürsten der beiden Schwarzburger Länder und von Altenburg müßten für rechtsverbindlich erklärt werden. Nur wegen Gotha müßte das Gericht angerufen werden dürfen.

Unders stehe es mit der Frage der Aufwertung. Die Schiedsgerichte seien bei der Aufwertung sogleich gegangen, daß eine Nachprüfung und Verringerung der zugesprochenen Aufwertungsätze notwendig sei.

Dr. Rosenfeld: Dies Schreiben des Thüringischen Regierung ist so wichtig, daß keine Vernachlässigung geboten ist. Wenn ich auch sehr wohl durchschaue, aus welchen Gründen der Finanzminister der sogenannten Ordnungsregierung Thüringens sich so kritisch äußert, so muß ich doch sagen, wenn der Thüringische Finanzminister recht hat und durch das Reichsgericht, das geplant sei, sogar noch eine Verschlechterung der Lage der einzelnen Länder möglich sei, müßte man dem ganzen Gesetzentwurf überhaupt kritisch gegenüberstehen. Eine Regelung der Auseinandersetzungen, bei der auch nur die Gefahr besteht, daß das Land schlecht fortkommt, ist ganz unmöglich.

B. Richtofen: Ich möchte feststellen, daß die kritische Äußerung des Thüringischen Finanzministers sich noch nicht auf den jetzt vorliegenden neuen Kompromißantrag bezieht, durch diesen vielmehr überholt ist.

Reubauer (Komm.): Die Thüringische Regierung nimmt offenbar nur aus Parteinteresse eine solche Stellung ein. Ihr Verhalten ist unqualifizierbar.

Vorl. Kahl: Wird gewünscht, daß der Thüringische Finanzminister nochmals hier erscheint?

Dr. Rosenfeld: Wenn wir den Thüringischen Finanzminister nochmals hier sehen könnten, wäre es ganz gut. Er hat schon bei seinem ersten Auftreten hier wesentlich zur Aufklärung beigetragen. (Zuruf: Fall Coerting. Allgemeine Heiterkeit.)

Ein Vertreter der Thüringischen Regierung: Gegen die Ausführungen des Abg. Reubauer muß ich Verwahrung einlegen. In seinen Behauptungen liegt der Vorwurf, daß die Thüringische Regierung die Interessen des Landes zurücksetze. Das sei nicht der Fall.

Dr. Kahl: Ich darf wohl annehmen, daß der Ausschuß das Erscheinen des Thüringischen Finanzministers wünscht. Dies wird beachtet sein.

Dr. Rosenfeld (zur Geschäftsordnung): Vor Eintritt in die Generaldebatte beantrage ich namens meiner Freunde, daß die Reichsregierung sich ausdrücklich darüber äußert, ob das jetzt geplante Gesetz eine Verfassungsänderung darstellt. Bisher soll die Reichsregierung allerdings erst zu der Frage des verfassungsändernden Charakters des ursprünglichen Antrages noch Stellung genommen

haben. Aber auch dieses Gutachten würde uns interessieren, schon weil es sich mit einer Reihe von Fragen beschäftigen müßte, die auch bei dem jetzt vorliegenden neuen Kompromißantrag der bürgerlichen Mittelparteien zu beantworten sind. Wir haben aber außerdem auch den Wunsch, daß die Reichsregierung sich darüber äußert, und zwar möglichst bald, nach im Laufe der Generaldebatte im Ausschuß, ob das neue Kompromiß eine Verfassungsänderung enthält.

Reichsjustizminister Marx: Nach ständiger Uebung nimmt doch das Kabinett immer erst zu einem Gesetzentwurf Stellung, wenn ein endgültiger Beschluß mindestens eines Ausschusses vorliegt.

Das Kabinett hat daher beschloffen, vorläufig keine Stellung zu nehmen.

nichtmehr erit dann, wenn bestimmte Beschlüsse vorliegen, vielleicht erst, wenn die Beschlüsse des Reichstages gefaßt sind.

Abg. Landsberg (Soz.): Ich bedauere diese Stellungnahme des Kabinetts. Maßgebliche Präzedenzfälle können hier nicht in Betracht kommen; denn dieser Fall liegt ganz eigenartig. Wir wünschen, daß das Kabinett so schnell als möglich zu der Frage Stellung nimmt, ob die vorliegenden Anträge verfassungsändernd sind. Wenn der Reichstanzler aus Genf zurückgekehrt sein wird, mag der Justizminister darauf hinwirken, daß die Reichsregierung Stellung nimmt.

Reichsminister Dr. Marx: Ich werde versuchen, alsbald eine neue Stellungnahme des Kabinetts herbeizuführen, das wird aber bis zur nächsten Sitzung nicht möglich sein.

Abg. Bell (Z.): Es widerspricht nicht nur einer ständigen Gespinntheit, es wäre auch gar nicht praktisch, wenn die Reichsregierung jetzt schon bindende Erklärungen abgeben würde.

Gerade bei diesem Gesetzentwurf ist noch mit Änderungen zu rechnen und jede Veränderung übt ihre Wirkungen aus, so daß die Reichsregierung immer von neuem Stellung nehmen müßte.

Abg. v. Richtofen (Dem.): Ich kann mich dieser Auffassung nicht in vollem Umfange anschließen. Wir legen großen Wert darauf, daß das Justizministerium mitarbeitet und daß mindestens dies Ministerium seine Rechtsauffassung mitteilt. Das ist doch für unsere weiteren Arbeiten von Bedeutung.

Abg. Reubauer (Komm.): Auch für uns ist es wichtig, zu wissen, welche Bestimmungen nach Ansicht der Regierung einen verfassungsändernden Charakter haben. Die Regierung hat doch an dem Kompromißantrag mitgearbeitet. Sie wird daher auch bisher nicht übersehen haben, den verfassungsändernden Charakter des Gesetzes zu prüfen.

Reichsjustizminister Marx: Angesichts des von mir mitgeteilten Kabinettsbeschlusses kann ich keine andere Stellung einnehmen. Ich werde aber später dem Ausschuß Mitteilung machen, welche Auffassung das Kabinett hat. Die bisherige

Mitarbeit der Regierung bedeutet noch nicht ihre Zustimmung.

Die Regierung wollte nur eine gemeinsame Stellungnahme der bürgerlichen Parteien herbeizuführen.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Die Mitarbeit der Regierung an dem Kompromiß darf keine formelle Zustimmung bedeuten, aber da diese Mitarbeit vor allem eine juristische war, ist doch wohl anzunehmen, daß diejenigen Beamten des Justizministeriums, die mitgewirkt haben, sich auch die Frage vorlegen, ob und inwieweit der Gesetzentwurf eine Verfassungsänderung vorbereitet. Meine Freunde wünschen dringend eine schnelle Stellungnahme der Regierung. Wir wollten eigentlich einen Antrag einbringen, um den Ausschuß zu dem Beschluß zu veranlassen, von der Regierung eine Stellungnahme zur Frage der Verfassungsänderung zu fordern. Nur mit Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Ministers, daß er in der nächsten Sitzung über die nunmehrige Stellung des Kabinetts nochmals Mitteilung machen wolle, veranlaßt die sozialdemokratischen Vertreter, vorläufig einen solchen Antrag noch nicht zu stellen. Wir werden auf die Sache zurückkommen.

Der Ausschuß tritt nunmehr in die Generaldebatte über das neue Fürstenkompromiß ein. Zu seiner Begründung führt Abg. Schulte (Z.) aus: Wir gingen davon aus, daß das

Vorliegen einer Verfassungsänderung nicht bestritten werden

können, und wir mußten daher etwas zu schaffen versuchen, das Aussicht habe, eine Zweidrittelmehrheit zu finden. Nur hieraus ist zu erklären, daß ein Kompromiß in dieser Form vorliegt. Er dürfte für alle beteiligten Parteien erklären, daß keine von ihnen mit dem Kompromiß ganz einverstanden sei. (Allgemeine Zustimmung.)

Die Unzufriedenheit bei ihnen vielleicht noch größer, als bei mancher der Parteien, die heute noch nicht mit dem Kompromiß einverstanden sind. (Zuruf: Das geht auf die Kommunisten! Allgemeine Heiterkeit.) Bei der Zusammenlegung des Gerichts sei jetzt die Möglichkeit der Latenzwirkung gegeben. Bei der Verteilung der in Frage kommenden Vermögensmassen sei jetzt die Zuweisung von Werten an das Land auch aus der Privatvermögensmasse der Fürsten möglich. Das Justizministerium habe bei der Abfassung des ganzen nur juristisch technische Unterföhnung geleistet. Es habe sich völlig neutral verhalten. Das ganze Kompromiß sei das Ergebnis einer Besprechung, die unter dem Vorsitz des Reichstanzlers Luther stattgefunden habe. Das

Kompromiß sei eine Privatarbeit

der Herren, die dem Antrag den Namen gegeben hätten (Schulte (Z.), Wunderlich (Volksp.), v. Richtofen (Dem.), Hampel (Wirtschaftsp.), Dr. Vileger (Soz. Lp.). Aber auch diese Herren ständen nicht hinter jedem Worte des Antrages. Nur grundsätzliche Einmütigkeit über die Grundgedanken bestehe. Die Herren von der Bayerischen und Deutschen Volkspartei hätten noch ausdrückliche Vorbehalte gemacht.

Zur weiteren Begründung des Kompromißantrages Abg. Wunderlich (Volksp.): Bei der Zusammenlegung des Gerichts sei vorgesehen, daß regelmäßig der Reichsgerichtspräsident den Vorsitz führe und nur in besonderen Fällen sein Stellvertreter. Nur vier Beisitzer sollen nach dem Wunsch des Zentrum Richtier sein. Damit sei

er persönlich nicht einverstanden.

In dem neuen Antrag seien neue Rechtsgrundsätze aufgestellt, ein neues materielles Recht sei geschaffen worden, das noch in manchen Punkten klarer formuliert werden müsse. Man habe jetzt Vermutungen aufgestellt, für das, was Staatseigentum und Fürsteneigentum sei. Dabei ergebe sich das Bedenken, daß das Gericht das Recht haben solle, sich auch über verfassungsmäßig zustandegekommene Gesetze hinwegzusetzen. Das mag erträglich sein, wenn es durch ein Gesetz geschieht, aber nicht, wenn das Gericht so weit gehen darf. (Abg. Landsberg: Sie legen doch erst ein Gericht ein!) Nach den neuen Vorschlägen soll aus den strittigen Vermögenswerten das Land auf seinen Wunsch die sogenannten Kulturgüter und auch die Vermögensstücke herausnehmen dürfen, die es zur Erfüllung von Versorgungsansprüchen ehemaliger Hofbediensteter braucht. Das seien Voraussetzungen des Landes. Schlösser, Museen, Sammlungen und auch besonders großer Land- und Forstbesitz, der zur Größe des Landesgebiets in auffälligem Verhältnis steht, soll enteignet werden können. Die Teilung soll schließlich nach Billigkeit erfolgen. In der Aufwertungsfrage sollen die für jeden Staatsbürger geltenden Grundsätze durchgeführt werden.

Die Regelung der Rückwirkung sei für keine Fraktion von ausschlaggebender Bedeutung. Eingriffe in die Rechtskraft eines Urteils oder in einen rechtsgültigen Vertrag seien für jeden Juristen eigentlich undenkbar. Das Urteil, das die Herrschaft Platon-Krojanke den Hohenzollern als Privatvermögen zugesprochen habe, müsse, eine gewisse Rückwirkung eintreten zu lassen.

PREISWERTE ANGEBOTE

Frauen-Kleider für besonders starke Damen, aus guten, soliden Stoffen..... 10,75, **6⁹⁰**

Backfisch-Kleider Jumperform, dunkelblauer Hook a karierte Bluse, 18,50 **9⁷⁵**

Washseidenkleider in modernen Farben, Kunstseide, Streifenkaros, 13,50 **9⁷⁵**

Tanzkleider aus Zolienne und Helvetia-Seide, in allen Größen..... 27,50 **19⁷⁵**

Frühjahrskleider aus prima Ripstoff, mit abknöpfbarem Cape, 39,50, **29⁵⁰**

Frühjahrmäntel in Wolrips, mod. Farben, neueste Macharten, 39,50 **29⁵⁰**

Frühjahrskostüme aus mod. Stoffen, in allen Farben u. Größen, 58,00 **39⁵⁰**



Backfisch-Kleid 19⁵⁰ aus Rippepelin, in vielen Farben

Frühjahrs-mantel 29⁵⁰ in Wolrips, mod. Farben u. neueste Macharten

Frühjahrs-kostüm 39⁵⁰ aus modernen Stoffen, in allen Farben und in vielen Größen

Hemdblusen aus gestreiften Zephirstoffen, offen und geschlossen zu tragen, in allen Größen **4⁹⁵**

Kasaks aus prima kunstseidenen Stoffen, mit langen Ärmeln, in allen Größen **7⁷⁵**

Kasaks aus gestreiften und karierten Kunstseidenstoffen, mit langen Ärmeln **10⁷⁵**

Kasaks aus soliden Popelinstoffen, mit sparter Fältchengarnierung **12⁷⁵**

Kinder-Kleider aus Wollstoff, in guter Ausführung, mit langen Ärmeln Größe 45 **4⁹⁰** Jede weitere Größe 50 Pf. mehr

Mädchen-Mäntel aus engl. gemat. Stoffen, mit sparter Blenden- und Knopfgarnierung, Größe 45-55 **4⁷⁵**

Knaben-Anzüge Schlupfform, abnehmbare Matrosenkragen, Größe 0 **7⁹⁵** Jede weitere Größe 50 Pf. mehr

Schuhwaren

Damen - Spangenschuhe in Braun u. Schwarz, schönemod. Form, gute Verarbeitung **10⁵⁰**

Damen-Schnür- u. Spangenschuhe in Braun u. Schwarz, in verschiedenen Ausführungen und schönen Formen..... **12⁵⁰**

Kinder-Stiefel u. Halbschuhe in Schwarz, zum Strapazieren, bequeme Passform Größe 27-30 **6⁵⁰ 7⁵⁰**

Herren-Halbschuhe in Braun und Schwarz, moderne Form, Rahmentarbeit ... **12⁵⁰**

Herren-Stiefel braun Bindbox, vorzügliche Qualität, gute Passform, Rahmentarbeit **14⁵⁰**



Liserethut kleine, feiche Form, mit plissierter Bandgarnit. **2⁹⁰**

Mod. Bandhut hübsch verarb., verschied. Farb. (wie Abb.) **6⁷⁵**

Kl. Trotteur nette Form, Kopf Tagalplot, Band u. Garnit. Eigeband (wie Abb.) **5⁷⁵**

Liserethut kleine Form, mit Band u. 6 Reihen-stielen garniert **6⁹⁰**

Frauen-Hut aus Tagalplot, mit Bandgarnitur und Zierpfeil (wie Abb.) **9⁵⁰**

Gardinen

Etamin - Halbstores mit Einsatz..... **1⁵⁰ 2⁵⁰**

Etamin - Garnitur mit Einsatz **3⁵⁰ 4⁹⁰**

Linoleum 7¹⁵ 2⁴⁵ 3²⁵ 4¹⁰ 4⁹⁵
ca. 60 cm breit, Mtr. 47 cm 40 cm 110 cm 130 cm

Damen-Wäsche

Damen-Schlüpfer Kunstseide, mit Volant..... **1⁹⁵**

Unterkleider Kunstseide, in vielen Farben..... **2⁷⁵**

Damen-Hemdhosens Kunstseide, mit Volant..... **2⁹⁵**

Damen-Garnituren Kunstseide, Hand und Schlüpfer..... **5⁵⁰**

Decken

Diwanddecken in verschiedenen Mustern **7⁰⁰ 13⁵⁰**

Tischdecken dazu passend..... **5²⁵ 9⁰⁰**

Mohair-Diwanddecken **3⁷⁵**

Linoleum Auslegeware, ca. 200 cm breit, Quadratmeter **2⁹⁰**

Teppiche ca. 9³⁰ 21⁰⁰ 78⁰⁰ 117⁰⁰ 156⁰⁰
60/120 60/180 200/300 250/350 300/400

Stambul mit Franse, **Prima Velours Künstlermuster** **Prima Bouclé gewebter Smyrna**
ca. 67/100 67/150 67/200 67/250 67/300 67/350 67/400 67/450 67/500 67/550 67/600 67/650 67/700 67/750 67/800 67/850 67/900 67/950

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE

Ischias ist ein sehr gefährliches Leiden, wenn nicht rechtzeitig in die Wege geleitet wird. Versuchen Sie die Heilung durch die von uns empfohlenen Mittel. Dr. med. Hermann Tietz, Frankfurter Allee 124, 1-11, 1-4, 1-12, 1-13, 1-14, 1-15, 1-16, 1-17, 1-18, 1-19, 1-20, 1-21, 1-22, 1-23, 1-24, 1-25, 1-26, 1-27, 1-28, 1-29, 1-30, 1-31, 1-32, 1-33, 1-34, 1-35, 1-36, 1-37, 1-38, 1-39, 1-40, 1-41, 1-42, 1-43, 1-44, 1-45, 1-46, 1-47, 1-48, 1-49, 1-50, 1-51, 1-52, 1-53, 1-54, 1-55, 1-56, 1-57, 1-58, 1-59, 1-60, 1-61, 1-62, 1-63, 1-64, 1-65, 1-66, 1-67, 1-68, 1-69, 1-70, 1-71, 1-72, 1-73, 1-74, 1-75, 1-76, 1-77, 1-78, 1-79, 1-80, 1-81, 1-82, 1-83, 1-84, 1-85, 1-86, 1-87, 1-88, 1-89, 1-90, 1-91, 1-92, 1-93, 1-94, 1-95, 1-96, 1-97, 1-98, 1-99, 1-100.

J. Baier BERLIN · N BADSTR. 26 ECKE PRINZEN-ALLEE

Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung
Die Maß-Abtlg. unter Leitung bewährter Zuschneider, bietet Gewähr für eleganten Sitz u. gute Verarbeitung
Gummi- u. Lodenmäntel
Sport- u. Berufskleidung

Elegante Einsegnungs-Anzüge in großer Auswahl und jeder Preislage

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Der gute Kapitän-Kaufmann
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 5861

Die eigene große Kleider-Fabrik

Die eigenen 16 Detail-Verkaufs-Häuser großen Stiles sind die Erklärung unserer außerordentlichen Leistungsfähigkeit

Herren-Anzüge Nadelfreie u. gemustert **29⁰⁰ 33⁰⁰ 39⁰⁰ 43⁰⁰**

Herren-Anzüge tadello im Sitz, vorzügl. Verarb., 1- u. 2-reihige Form **43⁰⁰ 56⁰⁰ 63⁰⁰ 69⁰⁰**

Herren-Anzüge expr. Qual., neueste kammergerüst-Anz. in vorn. Ausf. **73⁰⁰ 83⁰⁰ 89⁰⁰ 96⁰⁰**

Sport-Anzüge 4teil., m. lang. u. kurz. Hose in feinen Form. **59⁰⁰ 76⁰⁰ 89⁰⁰ 96⁰⁰**

Manchester-Anzüge mit Branches- oder langer Hose, grau und braun..... **39⁰⁰ 46⁰⁰ 53⁰⁰**

Konfirmanden-Anzüge blau, l.-u. 2-reih., ge- **26⁰⁰ 33⁰⁰ 39⁰⁰ 48⁰⁰** und dieg. Verarb., Gr. 32 und höher

Unsere Verkaufshäuser:

Berlin	—	Gehr. Manes
Berlin	—	Chausseestr. 63
Berlin	—	Fabrich & Co.
Berlin	—	Roenthalstr. 8
Berlin	—	Edward Wagner
Berlin	—	Müllerstr. 20a
Berlin	—	Schulze & Co.
Sachsenberg	—	Hauptstr. 10
Berlin	—	Schulze & Co.
Nürnberg	—	Brückenstr. 11
Fürth i. B.	—	Gehr. Manes
Hamburg	—	Gehr. Manes
Bayreuth	—	Gehr. Manes
Amstach	—	Gehr. Manes
Kaiserslautern	—	Gehr. Manes
Leipzig	—	Gehr. Manes
Chemnitz	—	Gehr. Manes
Pilsen i. Vgll.	—	Gehr. Manes
Nürnberg	—	Ed. Wagner
Nürnberg	—	Carl Strobel

Herren-Ulster herrliche Anwesenheit in den neuesten Formen **29⁰⁰ 36⁰⁰ 49⁰⁰ 53⁰⁰**

Herren-Ulster unsere guten Qualitäten in vornehmer Ausfühg. **59⁰⁰ 66⁰⁰ 73⁰⁰ 89⁰⁰**

Marengo-Paletots haltbare Stoffe in Melton und Cheviot **46⁰⁰ 53⁰⁰ 63⁰⁰ 76⁰⁰**

Gummi-Mäntel tadell. Gummi-, Schlupf- form, glatt u. gemust. . . **12⁰⁰ 17⁰⁰ 23⁰⁰ 26⁰⁰**

Gummi-Mäntel herrl. Ausmatt., neue 2-reih. Form. Gurt u. Quetschl. **26⁰⁰ 29⁰⁰ 33⁰⁰ 36⁰⁰**

Herren-Hosen elegante Streifen, mit Gesäßtasche . **5⁰⁰ 6⁰⁰ 8⁰⁰ 11⁰⁰** und höher.



GEBR. MANES CHAUSSEESTR. 63, ECKE LIEBOWITZSTR.